

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Rönahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Kadevornwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halber i. B. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 63

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 80 Reichspennig und Porto.

Halber
Mittwoch, den 15. März

Erscheint werktätlich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl.
Mk. 1.85 einschl. 80 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
— Postcheckkonto: Dortmund 2941. —

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * 90 000 Arbeiter werden von der Reichsbahn neu eingestellt.
- * Kommunistische Attentatspläne wurden im Erzgebirge aufgedeckt.
- * Das Vorgehen Polens auf der Westerplatte wurde vom Völkerbundrat als vertragswidrig festgestellt. Polen zieht seine Truppen zurück.

Deutschland soll wieder eine vorbildliche Reichshauptstadt bekommen.

Staatskommissar Dr. Lippert über seine Aufgaben.

Der vom kommissarischen preussischen Innenminister Göring zum Staatskommissar zur besonderen Verwendung für die Stadt Berlin ernannte preussische Landtagsabgeordnete Dr. Lippert sprach im Rundfunk über seine Aufgaben.

Er betonte einleitend, daß die Wahlen vom 12. März besonders auch im Hinblick auf ihren Ausgang in Groß-Berlin als ein Volksgericht angesprochen werden könnten, das über die Träger der bisherigen marxistischen Systems im Rathaus hereingebrochen sei. Es ist selbstverständlich, so fuhr er fort, daß dieser Wahlausgang nicht ohne tiefgreifende Folgen für die Berliner Stadtverwaltung sein kann.

Weite Gebiete fast aller Verwaltungszweige sind seit über einem Jahrzehnt planmäßig mit Fremdstämmigen und Ausländern besetzt worden. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse im Gesundheits- und Wohlfahrtsbezirk. Es gibt Krankenhäuser, in denen sich unter dem ärztlichen Personal, vom Chefarzt herunter bis zum Assistenten, kaum ein Deutscher befindet. Im Wohlfahrtswesen hat man zahlreiche Ostjuden im Innen- und Außendienst zu beschäftigen die Stirn gehabt. Da soll nun aufgeräumt werden.

Es gilt, künftig zu verhindern, daß sich Kräfte in die Verwaltung einschleichen, die den Namen und das Ansehen Berlins schädigen und der Reichshauptstadt zur Unehre und Schande gereichen. Ein Teil des Berliner Magistrats ist bereits mit neuen Männern besetzt worden. Dieses Erneuerungswerk wird planvoll in allen Verwaltungszweigen fortgesetzt werden. Man wird dabei nicht überstürzt vorgehen. Wir wollen unsererseits nur solche Personen herausstellen, von denen man nach menschlichem Ermessen überzeugt sein kann, daß sie ihre Amt mit Umsicht, Würde, äußerem Fleiß und gediegener Sachkunde versehen werden. Nur dann wird der Wahlsieg Segen bringen für das Gemeinleben wir können, wenn alle aufbauwilligen Kräfte gemeinsam an die Arbeit gehen und jeder auf seinem Platz seine Pflicht tut. Das nationale Deutschland soll eine Reichshauptstadt bekommen, auf die nicht nur jeder Einwohner, sondern darüber hinaus jeder Deutsche stolz sein kann. So ist es früher, in besseren Zeiten, gewesen, und so soll es uns in Kürze wieder erblühen!

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Paul Joseph Goebbels, vorgenommen.

Das abgelaufene Verbot der sozialdemokratischen periodischen Druckschriften in Preußen ist durch Polizeifunkspruch an sämtliche Regierungspräsidenten um 14 Tage verlängert worden.

Das Görreshaus in Köln, das von SA-Leuten besetzt worden war, ist wieder freigegeben worden. Der Betrieb ist wieder in vollem Umfang aufgenommen worden. Die beiden in Schutzhaft genommenen Verlagsleiter und die beiden Redakteure sind auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Polizeikommissar für das Land Württemberg hat angeordnet, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front sowie sämtliche Vereinigungen, die für die Belange dieser beiden Organisationen eintreten, mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten werden.

Der Rat der Stadt Chemnitz hat der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung schon beschlossen worden war, zugestimmt.

Reichstagseröffnung ohne Kommunisten.

Kommunisten in Konzentrationslagern?

In einer Massenkundgebung der Nationalsozialisten in Frankfurt a. M. sprach Reichsinnenminister Dr. Frick. Er betonte hierbei:

Bei den Ereignissen der letzten Tage handelte es sich um eine deutsche Revolution, der gegenüber die Novemberrevolution von 1918 gemeine Meuterei und Landesverrat gewesen sei. Kläglich hätten die Novemberverbrecher das Feld geräumt. Man solle sich über einige Kleinigkeiten, die passierten, nicht aufregen. Diejenigen, die das nationale Deutschland seit Jahren bis aufs Blut

Danzigs Sieg in Genf

Der polnische Rechtsbruch in Genf festgestellt.

Polen zieht die Polizeimannschaften von der Westerplatte zurück.

Die polnische Regierung hat sich gezwungen gesehen, die unverzügliche Zurückziehung der polnischen Polizei auf der Westerplatte anzuordnen. Die polnische Regierung ist zu diesem Schritt durch die eindeutige Haltung der Großmächte in Genf gezwungen worden. Der Standpunkt der polnischen Regierung war von allen Seiten von vornherein als völlig unhaltbar und als ein eindeutigen Bruch der vertraglichen Bestimmungen angesehen worden.

Die englische Regierung hat als Berichterstatter im Völkerbundrat für die Danziger Fragen gleich zu Beginn der Verhandlungen der polnischen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Völkerbundrat unter keinen Umständen das Vorgehen Polens billigen werde. Die Vertreter Italiens und Frankreichs haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Die polnische Regierung hat damit innerhalb der letzten Monate drei schwere Niederlagen vor dem Völkerbundrat erlitten.

Neue deutschfeindliche Ausschreitungen in Polen.

Die deutschfeindliche Hege im Korridorgebiet, die durch die polnischen Propagandaorganisationen wie dem Westmaritenverein systematisch betrieben wird, wirkt sich in immer neuen Ausschreitungen gegen den Besitz der deutschen Minderheit aus. Selbst vor Kirchenfrevel scheut man nicht zurück. So wurde die evangelische Kirche in Schleusenau durch bisher unbekannte Täter erbrochen, der Taufstein umgestürzt, die Altarbeden zerrissen und das Amtskleid des Geistlichen am Kronleuchter aufgehängt.

Zu dem polnischen Antrag wegen der Regelung der Danziger Hafenpolizei nahm der Völkerbundrat einen Vorschlag Simons an, nach dem diese Frage auf dem normalen Verfahrenswege entschieden werden solle. Senatspräsident Ziemer erklärte dann, daß er diesen Vorschlag annehme, daß jedoch an der gegenwärtigen Regelung der Danziger Polizeiorganisation bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage keinerlei Änderung vorgenommen werden würde.

Hochspannung in Genf.

Im Englischen Unterhaus hat der Minister Baldwin mitgeteilt, die Regierung habe das Waffenausfuhrverbot wieder aufgehoben, da die anderen Länder sich an diesem Verbot gar nicht beteiligt hätten. Man lachte nicht mit — Beifall für diese Mitteilung, obwohl doch das ganze Verbot nicht eine einzige Riste mit Granaten oder Gewehren daran gehindert hat, dem Besteller zugeführt zu werden. Aber die Mitteilung Minister Baldwins hatte noch ein kleines rednerisches Nachspiel: der Führer der Opposition leistete sich nämlich die heute fast nur noch nach anmutende Frage, ob denn nun, angesichts der Aufhebung des Waffenausfuhrverbots, „der Völkerbund völlig überflüssig werde“. Und mit lächelnd erwiderte Baldwin dem Neugierigen, darüber würde man wohl erst diskutieren können, wenn der Ministerpräsident Macdonald aus Genf zurückgekehrt sei.

Diese Szene ist zum mindesten reizvoll, und wer den auf eingespielten parlamentarischen Betrieb Englands einigermaßen kennt, wird unschwer auf die Vermutung kommen, daß die „Kleine Anfrage“ des Oppositionsführers sozusagen auf Bestellung erfolgt ist. — auf Be-

gepeinigt hätten, sollten froh sein, daß die nationale Erhebung sich in so würdiger und disziplinierter Form vollziehe. Die Flaggenfrage werde vom nächsten Reichstag geregelt.

Der Erfolg der Wahlen lege der Regierung die Verpflichtung auf, nun endgültig mit dem volksfeindlichen Marxismus aufzuräumen. Es müsse Schluss damit gemacht werden, daß die Kommunisten in den Parlamenten der Städte, Länder und des Reiches noch etwas zu sagen haben. Wenn am Tage des Frühlingsanfanges, am 21. März, der neue Reichstag zusammentrete, würden die Kommunisten durch dringende und nützliche Arbeit verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. Diese Herrschaften müßten wieder an fruchtbringende Arbeit gewöhnt werden. Dazu werden wir ihnen, so fuhr der Minister fort, in Konzentrationslagern Gelegenheit geben. Wenn sie sich dann wieder zu nützlichen Gliedern der Nation erziehen lassen, wollen wir sie als vollwertige Volksgenossen willkommen heißen. Sonst aber werden wir sie auf die Dauer unschädlich zu machen wissen.

Auf die gegenwärtige Lage eingehend, erklärte Dr. Frick, daß die Nationalsozialisten durchaus für einen gefunden Föderalismus, besonders in kultureller Beziehung, seien. Was anderes aber sei es mit einer einheitlichen Politik des Reiches nach außen. Die Reichsregierung wolle nicht zulassen, erklärte er, daß da irgendeine Landesregierung eine andere Politik treibe als die Reichsregierung. Deswegen habe man auch jetzt in den Ländern mit jenen Zuständen aufzuräumen müssen, die dem Ergebnis der Willenskundgebung des deutschen Volkes nicht mehr entsprächen.

stellung der englischen Regierung selbst nämlich! Denn auf diese Weise läßt sich so wunderbar vor aller Welt herauskriegen, daß „die anderen“ daran schuld seien, wenn aus dem Waffenausfuhrverbot und den entsprechenden Bestimmungen des Völkerbundsstatuts so gar nichts geworden ist. Denn so viel, zwar nicht Angst, wohl aber Scheu vor dem Urteil der Völker und der Geschichte hat man nämlich doch noch, daß man auch an der „Schuldfrage“ beim etwaigen Scheitern der Abrüstungskonferenz nicht vorbeigeht, sondern dies irgendwie „arrangieren“ will, wobei natürlich „den anderen“ die Schuld zufällt oder zugeschoben wird. Das ist zur Zeit die Hauptsache für den französischen Vertreter bei dieser Konferenz, Herrn Paul-Boncour, da die politisch-elektrische Hochspannung in Genf einen unerträglichen Grad erreicht hat und zur Entladung berart drängt wie wohl nie zuvor.

Deutschlands und Italiens Vertreter stehen abwartend beiseite, wenn die Engländer mit Herrn Paul-Boncour selbst für Genfer Verhältnisse überlange Besprechungen miteinander abhalten. Gegen Frankreichs Politik, die sich gegen Deutschland und seine neue Regierung einstellt, ist mit vernünftigen Vorschlägen einfach nichts mehr auszurichten, und zudem ist es — wie immer im Laufe der Nachkriegsgeschichte — wieder einmal sehr zweifelhaft, ob sich nicht England zum soundsovietschen Male dem stärkeren politischen Willen Frankreichs fügt. Ob daran ein neuer amerikanischer Vertreter, der übrigens früher bereits auf der Abrüstungskonferenz als Vermittler gearbeitet hat, Herr Norman Davis, und jetzt wieder nach Genf geschickt wird, dann noch im allerletzten Augenblick wird etwas ändern können, hält man an den spannungsgeladenen, höchst unfriedlichen Gestaden des Genfer Sees gleichfalls für nicht mehr wahrscheinlich. Denn die schwere wirtschaftliche Erschütterung Amerikas hat das Schwerkgewicht seiner weltpolitischen Ansicht im ratlosen „Rate der Völker“ nicht gerade gesteigert.

Macdonald ist also um die Rolle wirklich nicht zu beneiden, zu der er sich durch seine Reise nach Genf aber geradezu gedrängt hat. Er ist bald der einzige englische Staatsmann, der noch nicht die politische Abwendung seines Landes von den kontinental-europäischen Verhältnissen und Entwicklungen anstrebt. Heute wird in London ganz offen gesagt, daß für England schon die Garantieverpflichtung des Vertrags von Locarno „zuviel“ sei. Und vom rein englischen Standpunkt aus gesehen kann man diese Ansicht im Hinblick auf die Verschärfung der Dinge auf dem Kontinent im allgemeinen und des deutsch-französischen Verhältnisses im besonderen auch unschwer verstehen.

Noch wirbeln die Gerüchte — wahre und erfundene — in Genf durcheinander und erhöhen die Spannungen. Von Paris aus wird durch die französische Presse alles getan, um die Dinge einem Bruch zuzutreiben in der Form, daß zum mindesten jene Völker zu einer Front gegen Deutschland zusammengebracht werden, die an der Erhaltung der Diktate von 1919 festhalten wollen, also auch an unserer bisherigen Wehrlosigkeit, für die die Entwaffnungsbestimmungen von Versailles nach wie vor maßgebend sein und bis zum letzten Buchstaben maßgebend bleiben sollen. Gewisse Bestrebungen Frankreichs gehen schon dahin, diese Wehrbehaltung auch tatsächlich kontrollieren und für die Teilnahme an dieser Kontrolle, vor allem England, möglichst aber auch Amerika gewinnen zu wollen.

Dann wird man sich nicht bloß im englischen Unterhaus darüber unterhalten, ob nicht der Völkerbund eine überflüssige Einrichtung ist! Oder vielmehr, — man wird sich nicht darüber unterhalten, weil dies dann überhaupt keine Frage mehr ist.

Die SA. im entmilitarisierten Rheinland.

Nervosität in Frankreich. — Ruhige Beurteilung in England.

Die feistlichen Aufmärsche nationaler Verbände in der entmilitarisierten Zone anlässlich der nationalen Feiern der letzten Tage haben in Frankreich die übliche Nervosität ausgelöst. Man sieht in den unbewaffneten, mit Blumen geschmückten Scharen „Militär“ oder „Polizei“ und bemüht sich, eine Verletzung des Versailler Diktates zu konstruieren. Dazu ist zu bemerken, daß sich bereits nach der Räumung der einzelnen Zonen im früher besetzten Gebiet SA-Formationen gebildet hatten, die man jetzt nicht plötzlich mit militärischen oder polizeilichen vergleichen kann, weil sie nach dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung stärker in den Vordergrund treten.

Während die französische Presse Alarm schlägt und den Völkerbundrat in Bewegung setzen möchte, betrachtet man in London anscheinend dieses Ereignis als eine innerpolitische deutsche Angelegenheit, die keine ernste Bedrohung Frankreichs darstellt. Von deutscher amtlicher Seite ist es bereits scharf zurückgewiesen worden, daß eine Verletzung irgendwelcher Verträge oder Vereinbarungen vorläge. Im übrigen ist im Auswärtigen Amt von irgendeiner Absicht Englands oder Frankreichs, diplomatisch vorstellig zu werden, nichts bekannt.

Nationale Kundgebung der Kriegssopfer.

Der Hauptvorstand des Reichsverbandes Deutscher Kriegssopfer veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Der Reichsverband Deutscher Kriegssopfer steht in der vollen Erfassung des nationalen Bewußtseins des deutschen Volkes die wichtigste Voraussetzung für dessen Wiedererstarkung und für die Gewinnung seiner nationalen Freiheit. Wir bekennen uns zu den alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen der deutsche Soldat für Heimat und Vaterland gestritten und gelitten hat und unter denen am Volkstrauertag das gesamte deutsche Volk die Toten des Weltkrieges ehrt. Der Reichsverband läßt sich bei seiner Stellungnahme leiten von dem ehrlichen Willen und Streben, einen Ausgleich der parteipolitischen Gegensätze zwischen den deutschen Kriegssopfern herbeizuführen, um die glückliche Einheit des Volkes, die unsere Kraftquelle während des Krieges war, im Arbeitsleben des Friedens zu erhalten.

Die Umwälzung in Baden.

Die erste Kabinettsitzung der kommissarischen Regierung.

Das neue badische Kabinett unter dem Vorsitz des Reichskommissars Wagner trat im Staatsministerium zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Reichskommissar gab dabei eine Darstellung über die Vorgänge in Baden und erklärte u. a., die Stellung der neuen Regierung sei stärker als die aller vorhergegangenen Kabinette, nicht nur, weil sich die Polizei und die gesamte Beamtenschaft geschlossen und freudig hinter sie gestellt habe, sondern vor allem, weil sie im gesamten staatsbejahrten Volk verankert sei. Die Umwälzung habe sich in Baden in einer bewundernswerten Disziplin der Bevölkerung vollzogen. Es gebe keinen marxistischen Terror mehr in Baden. Die Parteien des roten Lagers seien bereits zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Wiederum hätten in den letzten Tagen große Teile der Arbeiterschaft den Weg zur Nation und zur Volksgemeinschaft gefunden und ihren marxistischen Organisationen den Rücken gekehrt. Der Kampf gehe unter Einfluß aller nationalen Kräfte und der staatlichen Kampfmittel weiter.

Im Anschluß an diese Ausführungen trat das Kabinett in die Beratung verschiedener Punkte, wie Hilfe für die Landwirtschaft, Arbeitsdienst, Finanzierungsprobleme, Einsparungsmaßnahmen und Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen nationalen Beamten ein. Es wurde in allen Fragen vollste Einmütigkeit des Gesamtkabinetts erzielt.

Altenverschleppung in Karlsruhe aufgedeckt.

Der Reichskommissar für Baden beschuldigt Staatspräsident Dr. Schmitt.

Die Pressestelle beim badischen Staatsministerium in Karlsruhe veröffentlicht eine Mitteilung, wonach bald nach Übernahme der Regierungsgewalt durch den Beauftragten der Reichsregierung die Feststellung gemacht worden sei, daß sehr wichtige politische Akten des Staatsministeriums fehlten. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Akten noch am 10. März (also einen Tag vor der Einsetzung des Reichskommissars) in einem mit dem Dienststempel des Staatsministeriums versehenen Paket als privates Depot des Staatspräsidenten Dr. Schmitt auf dem Generalandesarchiv unter besonders schriftlich niedergelegten Bedingungen hinterlegt worden seien. Die Direktion des Landesarchivs habe sich u. a. verpflichtet, die Öffnung des Pakets unter keinen Umständen ohne Einwilligung des Hinterlegenden oder seiner Nachkommen vor dem 1. April 1933 vorzunehmen oder die Vornahme der Öffnung irgendwem zu gestatten. Die fraglichen Akten, so heißt es in der Presseveröffentlichung weiter, seien auf Weisung des Reichskommissars durch die Polizei und SS-Leute ermittelt worden. Der Reichskommissar sei zur Zeit mit der Sichtung der Akten beschäftigt.

Die Warenhaussteuer kommt.

In Form von Zuschlägen zur Gewerbesteuer.

Preußen wird demnächst Zuschläge zur Gewerbesteuer bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialen erheben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die inzwischen sämtlich gleichgeschalteten Länder in gleicher Weise vorgehen werden. Bekanntlich läuft das Realsteuergesetz am 31. März ab.

Die Gewerbesteuer ist Ländersteuer. Diese neue Maßnahme ist nicht zu verwechseln mit den im Jahre 1930 beschlossenen Sonderzuschlägen für die Umsatzsteuer bei einem Umsatz von mehr als einer Million Mark. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Umsatzsteuerzuschläge durch die neuen Zuschläge zur Gewerbesteuer für die obengenannten Geschäftskategorien abgelöst werden.

Die Neuordnung des Spartassensystems.

Verlängerung der Frist für Nationalisierungsmaßnahmen.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird die am 31. März ablaufende Frist für die Durchführung von außerordentlichen Nationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Spartassensystems bis zum 31. Dezember verlängert und zugleich bestimmt, daß künftig zur Umwandlung von kommunalen Spartassen in staatliche oder private Institute die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers erforderlich ist. Diese Einschränkung soll eine Gewähr dafür bieten, daß bei solchen Umwandlungen nur die Interessen der Sparer berücksichtigt und Beunruhigungen vermieden werden.

90000 Mann von der Reichsbahn eingestellt.

Arbeit und Brot vom Frühjahr bis Herbst. Mit Beginn des Frühjahrs hat die Reichsbahn ihre Oberbau-Erneuerungs- und -unterhaltungsarbeiten in vollem Umfang aufgenommen. Die Reichsbahn hat hierfür die Einstellung von etwa 70 000 Zeitarbeitern angeordnet. Diese Arbeiter werden bis in die Herbstmonate beim Bahnunterhaltungsstab der Reichsbahn beschäftigt werden. Darüber hinaus werden die Privatunternehmer, die von der Reichsbahn herangezogen werden, in die Lage versetzt, über 20 000 Arbeiter einzustellen. Insgesamt finden also durch diese Oberbauarbeiten der Reichsbahn etwa 90 000 Köpfe von Frühjahr bis Herbst Arbeit und Brot.

Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden. Die Arbeiten erstrecken sich auf die Unterhaltung und Erneuerung der Reichsbahngeleise — Schienenschwellen und Deckung — sowie auf die Unterhaltung und Erneuerung von Weichen und Gleisverbindungen.

Die Salenkreuzflagge in der Schweiz amtlich anerkannt.

Die Anfrage einer schweizerischen Kantonregierung an den Bundesrat, ob die Salenkreuzflagge, wenn sie auf öffentlichen deutschen Gebäuden wie Gesandtschaften und Konsulaten in der Schweiz gehißt werde, auch unter die Bestimmungen des Abkommens falle, hat der Bundesrat mit Ja beantwortet. Durch die Entscheidung des Reichspräsidenten sei sowohl die alte schwarz-weiß-rote Flagge wie die Salenkreuzflagge amtlich anerkannt und falle somit unter die Bestimmungen über den Schutz staatlicher Hoheitszeichen.

Zur Nachahmung empfohlen!

Kommunisten verbrennen ihre Fahne.

Unter außerordentlich starker Beteiligung der Bürgerschaft fand auf dem Marktplatz von Berlin (Neumarkt) ein feierlicher Akt statt, bei dem die Fahne der kommunistischen Partei verbrannt wurde. Vor der Front der SA und SS und des Stahlhelm hatte sich die frühere kommunistische Fahneengruppe mit ihrer zusammengekauften, gesenkten Fahne aufgestellt. Nachdem der Stahlhelmführer eine Ansprache gehalten hatte, in der er auf die Bedeutung dieser Stunde hinwies und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die verführten Landsleute den kommunistischen Irrsinn eingesehen haben und wieder in die Gemeinschaft deutscher Menschen aufgenommen werden wollten, entrollten die Kommunisten ihre rote Fahne, tranken sie mit Spiritus und zündeten sie an, worauf das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gemeinsam gesungen wurden.

Die Danzig-Flieger wieder daheim.

Die Danzig-Flieger sind von ihrem Werbestellung quer durch Deutschland wieder auf dem Flugplatz in Danzig-Langfuhr eingetroffen. Auf dem Flugplatz waren Abordnungen des Danziger Senats, der Danziger Schutzpolizei, ferner Gruppen des Vereins für das Deutschtum im Ausland mit Wimpeln und Fahnen und eine große Zuschauermenge erschienen. Die Flieger wurden zunächst durch den Danziger Kultusenator Dr. Winderlich begrüßt, der den Flug, auf dem 62 deutsche Städte berührt worden sind, mit herzlichen Worten als eine große sportliche Leistung feierte, aber auch zugleich als eine Leistung von außerordentlicher vaterländischer Bedeutung. Zum Schluß sprach der Fraktionsführer der Nationalsozialisten im Danziger Volkstag, der die Flieger als die Vertreter der jungen deutschen Nation feierte, die durch Reichsfeldmarschall Adolf Hitler verkörpert werde.

Frankreich protestiert.

Diplomatischer Schritt des französischen Botschafters beim Reichsaussenminister.

Am 1. März wird mitgeteilt: „Der französische Botschafter Francois Poincaré hat am Dienstag den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, aufgesucht, um im Auftrage der französischen Regierung wegen der Vorgänge in Kehl und der Verwendung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone unter Hinweis auf Artikel 43 des Versailler Vertrags Beschwerde zu führen.“

Der Reichsaussenminister hat diese Beschwerde als unangehörig zurückerwiesen. Weder die Vorgänge in Kehl, noch die Verwendung von Hilfspolizei falle unter die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die entmilitarisierte Zone; die im übrigen nur während 36 Stunden in der Polizeikaserne in Kehl untergebracht gewesen sei, noch die Hilfspolizei, könnten als bewaffnete Streitkräfte angesehen werden. Im übrigen handele es sich hierbei um innere politische Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit diene.

England und die angebliche „Verletzung“ der entmilitarisierten Zone.

Ueber die letzten Ereignisse in der entmilitarisierten Zone, wo SA-Truppen die Bürgermeister abgesetzt hatten, hing beim englischen Außenministerium zwar noch keine amtlichen deutschen Mitteilungen, wohl aber nunmehr informatorische Aufklärungen eingegangen, auf Grund deren die englischen Stellen die Vorgänge jetzt in einem etwas anderen Licht beurteilen. Es wird anerkannt, daß die Verletzung der Neutralität in den verschiedenen Städten, wie Köln, Speyer, Kehl usw., durch die SA eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, daß eine vorläufige Regelung von Verträgen durch die deutsche Regierung nicht beabsichtigt war. Die englische Politik legt Wert auf eine baldige völlige Berichtigung der Angelegenheit und weist im übrigen darauf hin, daß auf Grund der Vertragsabmachungen einseitige Schritte unzulässig sind und etwaige Klagen zunächst beim Völkerbundrat vorgebracht werden müssen. Es wird aber nochmals betont, daß eine deutsche Verlautbarung über die außenpolitischen Ziele der neuen deutschen Regierung wohlthuend auf die europäische Atmosphäre wirken könnte.

Die Parlamentskrise in Österreich.

Die Pläne des österreichischen Bundeskanzlers.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß hielt im Wiener Rundfunk eine Rede, in der er u. a. darauf hinwies, daß seiner Ansicht nach die österreichische Volksherrschaft in ihrer gegenwärtigen Form das Vertrauen und das Verständnis der österreichischen Bevölkerung verloren habe, und daß aus der jetzigen Lage, die nach seiner Meinung nicht durch Zufall entstanden sei, ein Weg gefunden werden müsse, der eine stärkere Regierung ermögliche. Der Bundeskanzler kündigte weitere Notverordnungen an, u. a. Vereinfachungen und Einsparungen auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung, wobei jedoch der Regierung irgendwelche Arbeiterfeindlichkeit vollkommen fernliege. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürften in der nächsten Zeit Staatskommissare für Arbeitsbeschaffung und Freiwilligen Arbeitsdienst bestellt werden. Not-

wendig seien ein Verfassungsumbau, eine grundlegende Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates, aber auch wesentliche Änderungen in der Form der Vertretung der verschiedenen Berufsständen und Stände im Rahmen der bestehenden Körperschaften — gemeint ist wohl die Umbildung des Bundesrats in einen Länder- und Ständerat. Je rascher sich die Parteien in dieser Frage einigten, so sagte der Kanzler, um so rascher werde man auf diesem Gebiet wieder zu geordneten Verhältnissen kommen. So führe der Weg über eine den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Gestaltung der Volksvertretung wieder zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen.

Neuer Abrüstungsvorschlag der Regierung Roosevelt.

Die Roosevelt-Regierung bereitet einen Abrüstungsvorschlag zur Rettung der Genfer Konferenz vor. Wie aus dem Staatsdepartement in Washington verlautet, wird der Delegierte Norman Davis innerhalb der nächsten zehn Tage nach Genf fahren. Das amerikanische Staatsdepartement lehnt die Bekanntgabe von Einzelheiten dieses Planes ab und gibt nur zu, daß er sofortige Maßnahmen vorsehe.

120 Jahre Eisernes Kreuz.

Am 10. März 1813 gestiftet.

Am 10. März, dem Geburtstag der Königin Luise von Preußen, waren 120 Jahre vergangen, seit König Friedrich Wilhelm III. von Preußen das Eiserne Kreuz gestiftet hat. Mehr als ein Jahrhundert lang ist dieser Orden der Befreiungskriege die am meisten begehrte Kriegsauszeichnung geblieben.

Das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse konnte vom gemeinen Soldaten ebenso erworben werden wie vom General, während das Großkreuz nur Heerführern für eine siegreiche Schlacht verliehen wurde. Die ersten, die das Eiserne Kreuz erhielten, waren Soldaten eines pommerschen Füsilierbataillons, die sich in dem Gefecht bei Lüneburg am 2. April 1813 ausgezeichnet hatten. Das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt als erster der Oberstleutnant von Heilwig, Kommandeur des 9. Jülicherregiments. Insgesamt wurden während der Befreiungskriege bis zum Tage der Einnahme von Paris 331 Eiserne Kreuze erster Klasse und 6639 zweiter Klasse verliehen. Das Großkreuz erhielten: Fürst Blücher für seinen Sieg an der Katzbach, Graf Bülow von Dennewitz, Bernadotte, Graf Tauentzien von Wittenberg und Graf Yorck von Wartenburg. Für Blücher wurde nachträglich als Belohnung für den Sieg bei Welle-Alliance ein goldener Stern, auf dem das Eiserne Kreuz ruht, gestiftet. Dieser Blücher-Stern ist dann nur noch an den Generalfeldmarschall von Hindenburg verliehen worden. Das Großkreuz erhielten im Weltkrieg neben Hindenburg noch Kaiser Wilhelm II., Madsen, Prinz Leopold von Bayern und Ludendorff.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 15. März 1933.

Heufieberkur im März.

Das gefürchtete Heufieber ist eine Krankheit, die noch lange nicht fällig ist: sie beginnt gewöhnlich erst im Mai, wenn das große Blühen beginnt, und ist durchaus nicht immer auf Heugewinn zurückzuführen. Ist das lästige Heufieber einmal ausgebrochen, so ist es nicht immer ganz leicht wegzubringen, besonders nicht bei solchen Menschen, welche immer wieder davon befallen werden. Wohl aber kann man durch geeignete Mittel vorbeugen, um die Krankheit stark einzuschränken und sie, wenn sie dann trotzdem ausbricht, rascher zu beseitigen. Für das Vorbeugen ist aber jetzt im März die geeignete Zeit. Man macht einfach eine Kur, die im wesentlichen darin besteht, daß man sich kleine oder größere Dosen desselben Giftes, das die Erkrankung verursacht, einspritzt läßt, damit der Körper sich allmählich an das spätere „richtige Gift“ gewöhne. Es handelt sich also um eine Art „Serumkur“, für die man Extrakte aus Gräsern, Getreidesorten, Baumblüten usw. benutzt.

In der Deutschen medizinischen Wochenschrift wird auf die Besonderheiten dieser Kur hingewiesen. Es gibt Gruppen von Kranken, die auf ganz bestimmte Arten von Blütenstaub reagieren, denen man also eigentlich immer nur diesen Blütenstaub einspritzen mußte. Das braucht aber meist nicht der Fall zu sein, da für den, der durch Gräser erkrankt, bei uns so ziemlich die gleichen Gräser in Frage kommen. Man hat deshalb eine Mischgräserlösung hergestellt, mit der man den gräserstaubempfindlichen Kranken wirksam immunisieren kann. Wer gegen Lindenblüten, Algenblüten, Holunderblüten oder sonst eine besonders stark duftende Pflanze empfindlich ist, muß natürlich mit Extrakten aus solchen Blüten gespritzt werden, vorausgesetzt, daß die von ihm beschuldigte Pflanze auch wirklich die Ursache ist, d. h. daß er sich nicht in einem Irrtum befindet. Solche Irrtümer kommen nämlich sehr häufig vor: man beschuldigt eine bestimmte Pflanze, weil sie mehr auffällt als andere, vor allem als der weniger stark duftende richtige Schädling. Und, was wir schon angedeutet haben: es ist durchaus nicht immer Blütenstaub der Erreger des Heufiebers — auch Mehlstaub, Hausstaub, Bettfedernstaub können das Heufieber, das eine Art Asthma ist, hervorrufen. Dagegen können Gräserextrakte natürlich nicht schaden. Alles in allem ist zu sagen, daß diejenigen, welche sich gegen das kommende Heufieber schützen wollen, jetzt damit beginnen müssen. Die Kur hilft nicht immer, aber doch in sehr vielen Fällen. Leider hilft sie meist nur für eine Saison. Im nächsten Jahre muß man deshalb wieder von vorn anfangen. Für den, der nur leicht heufieberkrank zu werden pflegt, wird sich die Sache also wohl nicht lohnen, aber für alle, die schwerer erkranken, mit mehr oder weniger Asthma, ist die Behandlung, die ganz ungefährlich ist, zu empfehlen, da die Kranken nicht selten von ihrem gefürchteten Zustande für lange Zeit befreit werden.

—* Der Bezirksausschuß hat auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 beschlossen:

1. Die Schonzeit für Rebhühner wird bis zum 29. Mai 1933 (einschl.) ausgedehnt.
2. Der Beginn der Schonzeit für Fasanenhühner wird auf den 16. Mai 1933 festgesetzt.
3. Die Schonzeit für Fasanenhühner und Fasanenhennen wird bis zum 29. September 1933 ausgedehnt.
4. Der Wiederbeginn der Schonzeit für Fasanenhennen wird auf den 17. Januar 1934 festgesetzt.
5. Die Schonzeit für männliche Rebhühner wird auf das ganze Jahr 1933 ausgedehnt.

Rund um den Reichstag

Zweidrittelmehrheit für Ermächtigungsgesetz vorhanden.

Das Kernstück der Vorlagen, die dem neuen Reichstag zugehen werden und von ihm im Monat April erledigt werden sollen, ist bekanntlich ein Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung weitgehende Vollmachten gibt und verfassungsändernden Charakter hat. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, erscheint die Annahme dieses Gesetzes mit einer Zweidrittelmehrheit gesichert. Die Regierungsparteien zählen 288 plus 52 Stimmen, wozu noch als Hospitant der Deutschnationalen ein Vertreter des Württembergischen Weingärtnerbundes kommt; das sind insgesamt 341 Stimmen. Aber auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sind, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, grundsätzlich bereit, einem solchen Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, wenn sie ihre endgültige Stellungnahme auch von der Formulierung des Gesetzes abhängig machen. Es kämen damit zu den 341 Stimmen noch hinzu 73 plus 19. Das wären also für die Vorlage 433 Stimmen, während die Zweidrittelmehrheit bei einem Gesamtbestande des Reichstages von 647 Mandaten 432 beträgt. Es ist aber ferner anzunehmen, daß die kleinen Gruppen (Deutsche Volkspartei, Christlichsozialer Volksdienst, Deutsche Bauernpartei) ohne weiteres für das Ermächtigungsgesetz zu haben sein werden. Von staatsparteilicher Seite wird sogar erklärt, daß auch die Staatsparteiliker für das Gesetz sein würden, um der Regierung Gelegenheit zu geben, praktische Arbeit zu leisten. Das würde bedeuten, daß für das Ermächtigungsgesetz insgesamt 446 Stimmen abgegeben werden würden, so daß es mit 14 Stimmen über die Zweidrittelmehrheit hinaus zur Annahme gelangen würde. Dagegen würden nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten mit 120 plus 81, also insgesamt 201 Stimmen, sich erklären.

Der neue Reichsrat.

Durch die Vorgänge in einzelnen Ländern des Reiches und durch die preußischen Gemeindevahlen wird auch der Reichsrat eine grundlegende Veränderung erfahren. Man kann daher seiner ersten Sitzung mit lebhaftem Interesse entgegensehen. Aus zahlreichen Ländern werden neue Vertreter nach Berlin entsandt werden. Dazu kommen die neugewählten Vertreter der preußischen Provinzen. Schon bei einer vorläufigen Vorprüfung der zukünftigen Zusammenfassung des Reichsrats kann man ohne weiteres feststellen, daß die Reichsregierung von jetzt an eine ausreichende Mehrheit im Reichsrat haben wird, und daß die heftigen Auseinandersetzungen, die vielfach in diesem Parlament entfesselt wurden, nicht mehr vorkommen werden. Die nächste Sitzung des Reichsrats wird wahrscheinlich wieder in dem mit allegorischen Bildern reich geschmückten ehemaligen Bundesratsaal im Reichstagsgebäude stattfinden, da dieser Saal mit seinen Zugängen von der Brandkatastrophe völlig verschont geblieben ist und eine polizeiliche Absperrung des Reichstagsgebäudes nicht mehr vorliegt.

Neue Bürgermeister in Preußen.

Die Gemeindevahlen in Preußen haben gezeigt, daß die Zusammensetzung der Magistrate in den Städten ebenfalls vollkommen überholt ist. Die meisten amtierenden Bürgermeister und die Gemeindevorsteher in den Landgemeinden haben keine Mehrheit mehr hinter sich. Die Folge wird natürlich sein, daß auch hier eine Erneuerung wird Platz greifen müssen. Man kann wohl annehmen, daß viele dieser leitenden Gemeindebeamten die Unhaltbarkeit ihrer Lage einsehen und freiwillig auf Ämter verzichten werden, die ihnen nicht mehr zustehen. Jedenfalls werden in nächster Zeit zahlreiche Bürgermeisterstellen neu zu besetzen sein. Das gleiche gilt von den Stellen der Gemeindevorsteher und wahrscheinlich auch der Amtsvorsteher, so daß eine planmäßige Erneuerung dieser Verwaltungsbehörden eingelegt wird.

Das neue Heim der nationalsozialistischen Preußenfraktion.

Zum erstenmal in der Geschichte des Reichstages Landtags bzw. des Abgeordnetenhauses bietet keiner der großen für die Zusammenkünfte der Fraktionen bestimmten Säle für die Mitglieder einer Fraktion genügend Platz. Deshalb hat sich die Landtagsverwaltung bei den jetzt abgeschlossenen Vorbereitungen für die Aufnahme des neugewählten Landtages entschlossen, den bisher für besondere Gelegenheiten vorbehaltenen Festsaal des Preußischen Landtagsgebäudes als Fraktions-sitzungssaal der neuen, 211 Abgeordnete umfassenden nationalsozialistischen Landtagsfraktion einzurichten. Wie schon der Name sagt, werden die Nationalsozialisten in einen Saal einziehen, der sich durch sein festliches Äußeres nicht unmerklich von der sachlichen Nüchternheit der eigentlichen Fraktionsäle unterscheidet. Auf die Ausschmückung des über dem Haupteingang in der Prinz-Albrecht-Straße im Bürogeschoß des Landtagsgebäudes gelegenen Festsaales ist entsprechend seiner Bestimmung besondere Sorgfalt verwandt worden. Die Wandflächen zwischen den grünen Stuckmarmorfeilern sind mit farbigen Stofftapeten bespannt. Reichere Beleuchtungskörper und Fensterausstattungen sowie ein schweres Polstergestühl und der leuchtend rote Teppichbelag des Fußbodens geben dem Raum ein etwas prunkvolleres Aussehen, als es die anderen Repräsentationsräume aufweisen. Die Wände sind mit den Bildnissen der früheren Präsidenten seit 1849 geschmückt. Über den die Präsidentenbilder tragenden Wandflächen sieht man auf der einen Seite bildliche Darstellungen von Kunst, Wissenschaft und Handel, auf der anderen von Ackerbau, Viehzucht und Gewerbe, über denen das verkörperte Staatswesen Preußen thronet. Vor der der Fensterseite gegenüberliegenden Wand des Festsaales ragt die Bronzebüste des Freiherrn vom Stein, die dort anläßlich des 100. Todestages des großen preußischen Staatsmannes am 29. Juni 1931 aufgestellt worden ist.

1000 Jahre Deutsches Reich.

Heinrich I. Sieg über die Ungarn.

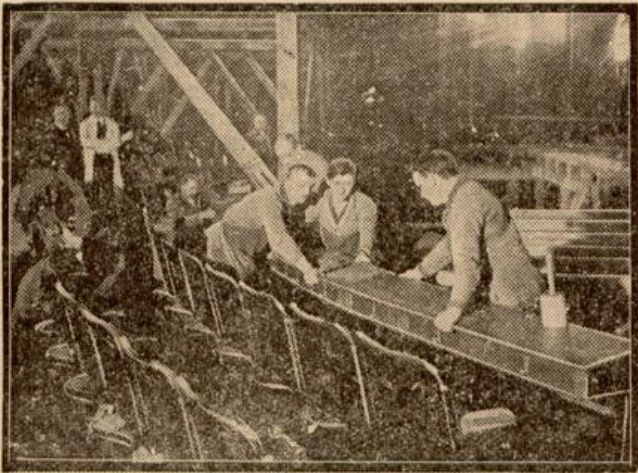
Am 15. März 933 schlug Heinrich I., König der Deutschen, bei Riade (wahrscheinlich Mittelburg bei Artern an der Unstrut) die Ungarn, die mit großen Reiterheeren in Thüringen und Sachsen eingefallen waren, und machte durch diesen glänzenden Sieg das Deutsche Reich für lange Zeit frei und unabhängig. Ungarische und slawische Heerscharen hatten bis dahin das Reich immer wieder verwüstet, und den Ungarn mußte schließlich ein jährlicher Tribut zugesagt werden. Dieser Tributzahlung machte Heinrich durch den Sieg und durch einen kräftigen Grenz-

Die Regierungsumbildung in Preußen

Wer wird preussischer Ministerpräsident?

Die Vorbereitungen zur Reichstagsöffnung. Die Vorbereitungen zur Eröffnung der Reichstags-sitzung in Potsdam sowie anschließend daran in der Kroll-Oper sind in vollem Gange. Das Programm für die Reichstagsitzung in Potsdam

am 21. März sieht vor, daß die Gottesdienste in der Nikolaikirche und in der katholischen Stadtpfarrkirche von 11 bis 12 Uhr stattfinden. Nach Schluß der Gottesdienste ziehen die Abgeordneten unter dem Glockengeläut sächsischer Potsdamer Kirchen zur Garnisonkirche, wo sie um 12 Uhr eintreffen. Professor Becker begrüßt die Abgeordneten mit einem 15minütigen Orgelspiel, dem Präludium E-Moll von Bach. Während der Staats- und Domchor aus Berlin „Nun lob' mein Seel' den Herrn“ singt, tritt um 12 Uhr Reichspräsident von Hindenburg die Garnisonkirche. Er richtet an die Reichsregierung und die Abgeordneten die Ansprache, auf die der Reichskanzler mit einer längeren Rede erwidert. Darauf singt wieder der Domchor, worauf sich der Reichspräsident mit seinem Adjutanten zur Gruft Friedrichs des Großen begibt und dort einen Kranz niederlegt. Professor Becker wird mit dem Niederländischen Dankebet und dem machtvollen „Herr, mach' uns frei“ die Weihfeier in der Garnisonkirche beenden und mit einem Orgelnachspiel die Fest-versammlung aus der Kirche geleiten.



Das Kroll-Theater wird Reichstag. Unser Bild gibt einen Blick in den Theaterraum der früheren Kroll-Oper in Berlin, wo die Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden werden. Wie man sieht, ist der Umbau in vollem Gange; hier werden die Plätze für die Abgeordneten an den Sesseln im Zuschauer-raum angebracht.

schutz — er schützte durch unvollständige Zufluchtsplätze, durch Burgen, vor allem die am meisten bedrohten Marken vom Harz und der Oker bis zur Elbe — ein Ende, und da er außerdem durch eine kluge, vorsichtige Politik dem drohenden Verfall des Reiches vorbeugte und die auseinanderstrebenden deutschen Stämme, die Franken und Sachsen, die Schwaben und Bayern und Lotharinger, geeinigt hatte, hat man ihn nicht mit Unrecht den eigentlichen Begründer der Reichseinheit genannt.

Man kennt diesen Heinrich (der Name bedeutet „Fürst des Hauses“, Heinrich) in der Geschichte unter dem Namen Heinrich der Vogler oder der Finkler. Er soll mit dem Vogelfang beschäftigt gewesen sein, als die fränkischen Großen zu ihm kamen, um ihm die Krone anzubieten („Herr Heinrich, sag am Vogelherd...“). Noch jetzt heißt der Ort in der Nähe von Quedlinburg, wo dies geschehen sein soll, „der Finklerherd“. Es handelt sich hier aber wahrscheinlich um eine Sage, die erst im 12. Jahrhundert aufgezeichnet wurde. Siebzehn Jahre lang hat Heinrich über Deutschland regiert. Am 2. Juli 936 ist er in Memleben an der Unstrut gestorben. Seine Gemahlin ließ ihn in der Kirche des von ihm selbst gegründeten Klosters zu Quedlinburg beisetzen. Durch die Einrichtung der festen Burgen, von denen viele später „Städtegründer“ genannt hat, durch die Neubildung eines neben dem alten Heerbann rasch aufzubietenden Reiterheeres und durch die Abschaffung der schwachen Tributzahlungen hat sich dieser König der Deutschen um Deutschland unvergängliche Verdienste erworben, Verdienste, an die anläßlich der 1000. Wiederkehr des ruhmreichen Schlachttages von Riade erinnert werden mußte.

Neue kommunistische Attentatspläne aufgedeckt.

Im Erzgebirge sollten Betriebe in die Luft gesprengt werden.

Im oberen Erzgebirge gelang es der NSDAP., kommunistischen Attentatsplänen auf die Spur zu kommen. Sie verständigte das sächsische Innenministerium, daß die Kommunisten das Annaberger Zernagelwerk, das Elektrizitätswerk nebst Umspannwerk in die Luft sprengen wollten. Schutzpolizei aus Chemnitz besetzte alsbald die betreffenden Gebäude. Es wurden ferner über 120 Funktionäre der KPD verhaftet.

Einige Führer legten eingehende Geständnisse ab, aus denen hervorging, daß Anfang März in Schönfeld eine geheime Zusammenkunft führender Kommunisten stattgefunden habe, wobei die Attentatspläne gefaßt worden seien. Nach Aussagen Verhafteter bestünde die KPD im oberen Erzgebirge über 2000 Zentner Dynamit, 350 Handgranaten und 250 Schusswaffen. Es wurde auch bereits Dynamit gefunden.

Bomben sollten in SA-Lastwagen geschleudert werden.

Zu der Aufdeckung kommunistischer Attentatspläne im Erzgebirge ist noch folgendes zu melden: Bei den Vernehmungen der verhafteten KPD-Führer wurde festgestellt, daß durch einen Kurier von auswärts

Reichskanzler Hitler weifte dieser Tage in München und wird spätestens für Mittwoch wieder in der Reichshauptstadt zurück erwartet. Der Reichskanzler beabsichtigt nach seiner Rückkehr den

Reichsbankpräsidenten Luther zur Fortsetzung der in der vergangenen Woche begonnenen Aussprache über die Reichsbankpolitik zu empfangen.

In politischen Kreisen wendet sich jetzt wieder das Interesse der

Entwicklung in Preußen

zu. Der Vorstand der nationalsozialistischen Landtagsfraktion hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Preußen befaßt. Bei den Beratungen kam einmütig die Auffassung zum Ausdruck, daß nur ein Nationalsozialist Ministerpräsident in Preußen werden könne. Allgemein wird aus diesem Beschluß gefolgert, daß die Nationalsozialisten im Preußischen Landtag vorschlagen werden, Hitler zum preußischen Ministerpräsidenten zu wählen. Es würde dann also wieder politisch der Zustand eintreten, wie er vor 1918 bestand, daß nämlich der Reichskanzler zugleich preussischer Ministerpräsident ist. In politischen Kreisen wird weiter angenommen, daß Vizekanzler von Papen der neuen preußischen Regierung als Vizepräsident angehören wird. Auch diese Einrichtung hat es vor dem Kriege in Preußen zeitweilig gegeben. Endgültige Beschlüsse über die Person des neuen preußischen Ministerpräsidenten sind indessen noch nicht gefaßt worden. Nach der Wahl der neuen preußischen Regierung werden selbstverständlich die Reichskommissare in Preußen überflüssig sein. Es ist anzunehmen, daß die Persönlichkeiten, die heute die Reichskommissariate in Preußen verwalten, künftig ihren Ministerien als preussische Minister vorstehen werden.

Im Preußischen Landtag ist beabsichtigt, daß die bisherigen kommunistischen Plätze von den anderen Fraktionen mitverwendet werden sollen. Den Kommunisten sollen in Zukunft keine Diäten ausbezahlt, es sollen ihnen auch die parlamentarischen Ausweise und die Freikarten der Reichsbahn nicht ausgestellt werden.

Aufruf Dr. Goebbels' an die Amtswalter der Propaganda der NSDAP.

Reichsminister Dr. Goebbels veröffentlicht an die Amtswalter der Propaganda der NSDAP. einen Aufruf, in dem gesagt wird:

Ich möchte allen Amtswaltern der Propaganda meinen tiefempfundenen Dank für die tatkräftige Mithilfe, die sie der Reichspropagandaleitung so oft geleistet haben, zum Ausdruck bringen. Auf Wunsch des Führers behalte ich die Reichspropagandaleitung der Partei weiterhin bei; ich hoffe, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit durch eine vorbildliche Aufklärungsarbeit so wohl von Seiten des Staates als auch der Bewegung das ganze deutsche Volk für die Idee der nationalen Revolution zu gewinnen. Heil Hitler! gez. Dr. Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP.

Führeranordnungen erteilt worden waren, und zwar sollten SA- und SS-Transporte, die etwa in der Nacht zum 5. März oder am Wahltage selbst nach Berlin geleitet werden sollten, auf alle Fälle vernichtet werden. Man gab eingehende Richtlinien für die betreffenden Aktionen. U. a. wurde bekannt, daß zwei Zentner Dynamit für diesen Zweck bereitgestellt waren.

Der Sprengstoff sollte zusammen mit Zündschnüren in Flaschen getan werden. Diese selbstgefertigten Bomben sollten mit Zigaretten entzündet und dann in die Lastwagen der SA und SS geschleudert werden.

Sollten Transporte der SA nach Berlin nicht abgehen, so war beabsichtigt, in der Nacht zum 12. März die Sprengstoffattentate auf Lebenswichtige Betriebe durchzuführen. Eine Reihe der verhafteten Kommunisten gab die Teilnahme an der Geheimkonferenz der KPD-Führung zu.

Der Aufruf der SA-Führung, die Waffen unverzüglich abzugeben, wurde in allen Orten des oberen Erzgebirges von den KPD-Mitgliedern befolgt. Zahlreiche Schusswaffen und Munition wurden im Standquartier der NSDAP. abgeliefert.

Abwehr kommunistischen Terrors in Elbing.

Zwei Kommunisten erschossen.

Aus Elbing wird mitgeteilt: Am Montagmittag wurde ein Trupp Nationalsozialisten an der Paulstraße aus dem Hinterhalt beschossen. Der SA-Mann Strehlau wurde in schwerem Verletzungszustand ins Krankenhaus gebracht, eine etwa 70 Jahre alte Frau erhielt einen Bedenschuß. Durch einen Armschuß wurde ein 12jähriges Mädchen verletzt. Im ganzen sollen etwa 40 Schüsse abgegeben worden sein. Starke SA- und SS-Abteilungen begaben sich sofort nach Bekanntwerden des Überfalles nach dem Vorort Pangritz und riegelten einige Straßenzüge ab. Ein Polizeiaufgebot griff ebenfalls ein und nahm eine Durchsuchung des ganzen Wohnviertels vor. Bei hereinbrechender Dunkelheit entwickelte sich eine wilde Schießerei. Die Kommunisten eröffneten auf die vorrückende SA und die Polizei ein schweres Feuer, das von der Polizei erwidert wurde. In den späten Abendstunden erst gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Die Polizei stellte fest, daß die Kommunisten, die zwei Tote zu verzeichnen haben, sämtlich mit Karabiner bewaffnet waren.

Disziplinierung von SA-Leuten.

Wie der Kölner Regierungspräsident mitteilt, drangen am Montagvormittag mehrere Angehörige der NSDAP. in die Wohnung eines jüdischen Kaufmannes am Waldmarkt ein und forderten unter Vorhalten von Pistolen die Öffnung des Geldschrankes, aus dem sie 800 Mark entwendeten. Drei an der Tat beteiligte Personen wurden festgenommen. Die SA-Leitung schloß diese drei Leute sofort aus der Partei aus und zog ihnen die braunen Hemden auf der Stelle aus. Das Strafverfahren wegen räuberischer Erpressung ist eingeleitet worden.

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld.
in der Zeit vom 16.—28. 2. 1933.
Die Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld, brachte auch in der Berichtszeit, gegenüber der ersten Februarhälfte, keine wesentlichen Veränderungen. Die Zugänge von Arbeitsuchenden konnten durch Neueinstellungen ausgeglichen werden.
Gezählt wurden am 28. 2. 1933:

Hauptunterstützungsempfänger	839 (890)
in der Arbeitslosenversicherung	2573 (2480)
in der Krisenfürsorge	5513 (5620)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung	
einschl. Wohlfahrtsempf. u. Notstandsarb.	8925 (8920)

Diese verteilen sich wie folgt:

	Hauptunterstützungsempf.	Krisenfürsorge	Arbeitsuchende ohne Unterst.	Wohlfahrts-G. Zuf.
	m.	w.	m.	w.
Stadt Lüdenscheld	209	38	788	109
Unt Lüdenscheld	82	4	240	22
einschl. Gem. Hülseheid				
Amt Halber	66	1	164	1
Amt Kierspe	43	2	97	1
Amt Meinerzhagen	41	—	88	1
Stadt Altena	95	13	309	17
Amt Werdohl	104	14	246	8
Amt Neuenrade	12	5	58	2
Stadt Plettenberg	33	2	198	1
Amt Plettenberg	58	2	201	1
Amt Herscheid	12	3	20	1
insgesamt:	755	84	2409	164
			5513	8925

—* Der kaufmännische Stellenmarkt hofft auf Besserung nach den Wahlen. Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschen Handels- und Gewerbeverbandes beharrte der Stellenmarkt im Februar überwiegend in abwartender Haltung. Beachtung verdient der etwas gebesserte Eingang von Aufträgen zur Besetzung von offenen Stellen gerade in der letzten Woche vor Ultimo. Diese Feststellung gilt aber nicht einheitlich für das Reich. Das westliche Industriegebiet zum Beispiel zeigte in der Richtung keine Zeichen einer erkennbaren Entspannung. Auch beherrscht in den auf Außenhandel beruhenden Wirtschaftszweigen nach wie vor eine stark fundierte pessimistische Grundtendenz den Stellenmarkt. Bei alledem bleibt erfreulich, daß, im ganzen gesehen, bei zwar schleppendem Vermittlungsgeschäft wenigstens der Bewerberandrang keine Zeichen krisenhafter Entwicklung zeigt. Er hält sich, wie bereits in den letzten drei Monaten, in normalen Grenzen. Nur ganz vereinzelt wurden unter Hinweis auf die innerpolitische Lage Kündigungen — meist aber auch nur vorläufige — ausgesprochen. Dementsprechend zeigen die Meldeziffern des kaufmännischen Stellenmarktes, verglichen mit den Februarzahlen des Vorjahres, immerhin eine gewisse Beruhigung an.

—* Weiblich-ländliches Lehrlingswesen. Wie vor 2 Jahren fanden jetzt wieder Lehrlingsprüfungen im Kreise Altena statt, in denen junge Mädchen, die 2 Jahre praktisch auf dem Lande gearbeitet haben, vor einer Prüfungskommission der Landwirtschaftskammer ihre Kenntnisse zeigen. Die Prüfungen waren am 7. bei Frau Kaiser-Weinscheide und am 8. 3. bei Frau Klügge-Wiebecke. Zur Prüfungskommission gehörten Frl. Müller-Münster, Frau Schulte-Mentrop-Arnberg, Frau Seidel-Wegerhof und Frl. Klein-Spiedermann-Lüdenscheld. Es wurden bei Frau Kaiser 4 und bei Frau Klügge 5 Lehrlinge geprüft. Die Prüfungen begannen vormittags 8½ Uhr und waren abends gegen 5 Uhr beendet. Die jungen Mädchen, von denen 6 in Lehrbetrieben des Kreises Altena ausgebildet waren, zeigten gute Kenntnisse in allen Zweigen der ländl. Hauswirtschaft. Es wird folgendes verlangt: Kochen: einfache ländl. Küche, Backen: Herstellen von Gebäck aus Mürbteig, Mürbteig und Hefeteig, sowie nach Möglichkeit Brotbacken. Einmachen, Einkochen: wie es in der Gegend üblich ist. Hausarbeit: Instandhaltung und Reinigung der Wohnung und des ganzen Hausrates einschl. Wäschebehandlung, Nadelarbeit: flicken, Stopfen, Umändern alter Kleidungs- und Wäschestücke, Stricken und Häkeln. Geflügelhaltung: natürliche Brut, Aufzucht und Haltung des Geflügels. Milchwirtschaft: Melken, Behandlung der Milch nach dem Melken, Buttern und Käsen. Gartenbau: Bewirtschaftung des ländl. Hausgartens. Schweinehaltung: Fütterung und Pflege der Schweine. Schweineaufzucht und Kälberaufzucht sind Wahlfächer. Von den 9 Prüflingen bestanden 1 mit dem Gesamtergebnis „sehr gut“, 6 mit „gut“ und 2 mit „genügend“. 2 von den jungen Mädchen wollen den Beruf der ländl. Haushaltungspflegerin ergreifen, 5 den der Landw. Lehrerin, 1 den der Gutssekretärin und 1 den der Landfrau. Die Lehrerinnen des Kreises Altena können durchaus mit dem Ergebnis der Lehrlingsprüfung zufrieden sein und werden nach diesem ersten Erfolg hoffentlich mit viel Mut an die Ausbildung neuer Lehrlinge herantreten.

RH. Für einen Vertrauensmann der mittelständischen Wirtschaft bei der Reichsregierung. Unter Bezugnahme auf die im Januar und Februar d. J. geführten mündlichen Verhandlungen hat der Reichsverband des deutschen Handwerks in einer Eingabe an den Reichskanzler den Antrag wegen Bestellung eines Vertrauensmannes für die mittelständische Wirtschaft an entscheidender Stelle und mit entsprechenden Vollmachten wiederholt. Unter Hinweis auf die durch die letzte Reichstagswahl gegebene Bestätigung der Reichsregierung erwartet das Handwerk dringend die versprochene Bestellung dieses Vertrauensmannes, damit dieser bei den bevorstehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen seinen Einfluß ausüben kann. Der Reichsverband des deutschen Handwerks bittet noch, ihn über die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung im einzelnen zu unterrichten. Im gleichen Sinne hat sich der Reichsverband des deutschen Handwerks auch an den Reichspräsidenten und an Reichsminister Dr. Eugen Berg gewandt.

—* Geschäftsstenographenprüfung an der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen. Vor dem Prüfungsamt der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen fand am Sonnabend, den 11. März d. J. die 6. Stenographenprüfung statt. Die Prüfung in Maschinenschreiben hatte wegen des großen Andranges auf den 25. März d. J. verlegt werden müssen. Zu der Stenographenprüfung hatten sich 42 Damen und Herren gemeldet. Es bestanden 36 Prüflinge und zwar in der Abteilung 260 Silben: Helene Engels-Hagen; in der Abteilung 220 Silben: Elisabeth Scheerer, Lüdenscheld; in der Abteilung 200 Silben: Irmgard Bentler, Karl Budde, Rudolf Cremer, Hanna Dörten, Willy Käberich, Ernst Schüren, Grete Selterberg, Toni Tolsdorf, Karoline Tomzik aus Hagen, Gerhard Leufing und Heinrich Siebert aus Iserlohn; in der Abteilung 150 Silben: Lore Eiden, Gerda Fiene, Paul Haberkamp, Fritz Jsenberg, Hilde

Mühlbacher, Herta Vogel, Hilde Eulrich, Hanna Haarmann, Herbert Schulte, aus Hagen, Walter Dittel aus Menden, Lena Herrfeld, Werner Herzinger, Annemarie Peters, Emmi Schönebeck, Gerda Vogel, aus Lüdenscheld, Otto Weil, Walter Weippfennig, Otto Werthmann, aus Plettenberg, Elisabeth Kappestein aus Hohenlimburg, Karl Kohlhaas aus Neuenrade, Martha Lohmann und Herta Rockemann aus Schwelm, Eva Maria Thun aus Brauck. Neun dieser Prüflinge sind zurzeit noch Schüler der Kaufmannsschule. Bei der Prüfung wurden in jeder Abteilung nach einem Vorbildat von 2 Minuten 2 Hauptbildate von je 5 Minuten Dauer ausgenommen. Ein Hauptbildat wurde schriftlich übertragen und das andere wurde für die Leseprobe verwendet. Die ständig steigende Zahl der Teilnehmer an den Prüfungen beweist, daß die Handelskammerprüfung auch in den Wirtschaftskreisen auf wachsendes Interesse stößt. Die nächste Handelskammerprüfung in Stenographie und Maschinenschreiben findet voraussichtlich am 11. November d. J. statt.

—* Am Donnerstag, den 16. d. M., 15,30 Uhr, findet im Sitzungssaal des Kreishauses in Altena die öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses zur Feststellung des Ergebnisses der Kreisragswahl und der in den Kreisrags gewählten Abgeordneten statt. Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt.

O Die 500 000-Mark-Prämie der Preussisch-Süddeutschen Lotterie nach Bayern gefallen. Die 500 000-Mark-Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel auf das Los Nr. 275 882, das mit einem Gewinn in Höhe von 3000 Mark gezogen worden ist. Das Los wird in beiden Abteilungen in Bayern gespielt.

Halver

—* Strandbad Herpinc. Die Arbeiten in der Herpinc sind wieder aufgenommen worden. Das überaus günstige Wetter läßt hoffen, daß mit der Ausbetonierung des Beckens in einigen Tagen begonnen werden kann. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange; es werden daher alle Freunde gebeten, sich umgehend wieder zur Verfügung zu stellen. — Mit vereinten Kräften muß es wieder ans Werk gehen, damit die Anlage zur Badesaison soweit hergestellt ist, daß sie ihrer Bestimmung dienen kann. Den Ruhe- und Erholungsbedürftigen soll hier eine Stätte angenehmen Aufenthalts geschaffen werden. Und nun nochmals „Glück auf!“ zu neuen Taten.

—* Ein fremdes Wiedersehen von Landsleuten in fremdem Land. Am 17. Januar d. J. lief der Kreuzer „Köln“, der sich auf einer Weltreise befindet, den Hafen Alexandrien in Ägypten an. Ewald Böhle, Sohn des Polizeibeamten i. R. Aug. Böhle hier selbst, der seit mehreren Jahren in Alexandrien beschäftigt ist, begab sich mit seiner Gattin an Bord des Kreuzers, um dem deutschen Schiff einen Besuch abzustatten. Er traf auf dem Schiff unerwartet einen Landsmann, der auch aus seinem Heimatort gebürtig ist, den Halveraner Oberbootsmannsmaat Werner Weber, Sohn der Ww. Weber, hier selbst, Kölnnerstraße, wohnhaft. Groß war die Freude dieses unerhofften Wiedersehens. Oberbootsmannsmaat Weber lud die beiden Heimatfreunde zu einem Imbiß ein, wobei es deutsche Getränke, Brot und dergleichen in Fülle gab. Schnell flossen die Stunden fröhlichen Beisammenseins in fremdem Land dahin. Mit einem herzlichen Lebewohl und baldigen Wiedersehen trennten sich die so unerhofft getroffenen Landsleute.

—* Einen Ausflug, veranlaßt durch den sonnigen Vorfrühlingstag, machte Lehrer Rittinghaus mit seinen Schülern gestern nachmittag. Die Wanderung ging durch die Herpinc und diente gleichzeitig als naturgeschichtliche Unterrichtsstunde.

—* Überbrücke. Der Steinbruch, welcher seit einigen Wochen wegen Arbeitsmangel stillgelegt war, ist gestern größtenteils wieder in Betrieb gesetzt worden. Nur noch ein kleiner Teil der Belegschaft wartet noch auf Wiedereinstellung.

Brügge

—* Der Eisenbahnverein Brügge und Umgegend hielt seine Jahreshauptversammlung ab, welche vom 1. Vorsitzenden Oberbahnvorsteher Kühne-Überbrücke geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte dieser anlässlich des Volkstrauertages, der gefallenen Helden des Weltkrieges. Die Versammlung ehrte dieselben durch Erheben von den Plätzen. Nachdem noch ein verstorbener Mitglied auf gleiche Weise geehrt wurde, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. An Mitgliedern hatte der Verein einen Rückgang von 11 zu verzeichnen, welcher auf die Entlassungen im vergangenen Jahre zurückzuführen ist. Der Verein zählt noch 253 Mitglieder. Ein Sommerausflug und ein Weihnachtsfest wurden im vergangenen Jahre veranstaltet. Von der Fürsorge betraut wurden 15 Kinder, welche zu 6 wöchentlichen Erholungsstunden in Bäder entsandt worden sind. An 50 unentgeltliche und kräftliche Kinder wurden im ganzen 2500 l Milch verteilt. Im Herbst sind 800 Zentner Kartoffeln beschafft worden und wurden für RM 250 an die Mitglieder abgegeben. Der vom Kassierer Goman gegebene Kassenbericht ist als günstig zu bezeichnen und es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Am 21. und 28. Mai soll wieder ein Sommerausflug nach Niederbüllendorf unternehmen werden und zwar gemeinsam mit den Vereinen Lüdenscheld, Schalksmühle und Halber. Der Kassenbericht über die dem Verein angeschlossene Sterbekasse „Nachbarschaft“ ist als günstig zu bezeichnen, jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vereins noch sehr gut sind.

—* Glück im Unglück hatte eine junge Dame aus Brügge, die mit ihrem Fahrrad den steilen Weg der Schade bei Brügge abwärts fuhr, wobei ihr der Rücktritt plötzlich versagte, und sie dadurch die Gewalt über das Rad verlor. Die Folge davon war, daß dieselbe eine etwa 3 Meter hohe Mauer hinunter in die Wolme stürzte. Sie kam jedoch ohne erhebliche Verletzungen davon. Das Fahrrad war stark beschädigt.

—* Ein in Plettenberg gestohlenes Auto konnte hier sichergestellt werden. Ein Trupp SA-Leute verhafteten, einen verdächtigen Wagen anzuhalten. Dieser stoppte auch anfangs, gab dann aber Vollgas und versuchte zu entkommen. Es gelang aber, den Wagen durch sofortige Verfolgung unterhalb der Schlade zu stellen. Die Insassen konnten sich durch Flucht in Sicherheit bringen.

Kierspe-Bhf.

—* Im Vereinslokal Hotel Cramer fand die Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß sich alle Mitglieder während des Geschäftsjahres in jeder Beziehung die größte Mühe gegeben haben, die große Not nach Möglichkeit zu lindern. Gemeinsam mit der evgl. Frauenhilfe wurde eine Winterhilfsammlung vorgenommen und kam zur Verteilung. Besonders für das Weihnachtsfest hat man

eine große Zahl von Paketen zur Verteilung gebracht, enthaltend: 2 Frauenkleider, 2 Mädchenkleider, 1 Strickkleidchen, 2 mal Stoff für Kleider, 1 Jungensanzug, 6 Jungenshosen, 1 Paar Hosenträger, 13 Pullover, 1 Mantel, 12 Unterhosen, 1 Nachtsack, 13 Hosen und Schläpper, 2 Unterjacken, 7 Frauenhemden, 6 Mädchenhemden, 10 Jungenshemden, 10 Männerhemden, 4 Kinderhemden, 2 Sporthemden, 11 Paar Socken, 24 Paar Strümpfe, 1 Paar Pantoffeln, 1 Paar Handschuhe, 1 Grabatte, 5 Kindermägen, 5 Schürzen, 2 mal Stoff für Schürzen, 3 Wolldecken, 3 Bettbezüge, 6 Kissenbezüge, 9 Betttücher, 14 Handtücher, 5 Taschentücher, 220 Lot Wolle, 22 m Keisel, 15 m Hemdentuch, 4 m Viber, und 15 RM in bar; ferner Lebensmittel und Seife. Die erste Kassiererin Frau Sch. Crummenerl erstattete den Kassenbericht. Demnach betrugen die Einnahmen RM 532,84, die Ausgaben RM 440,42, so daß ein Kassenbestand von RM 92,42 zu verzeichnen ist. Die bisherige 1. Vorsitzende Frau Herun. Kleider legte ihren Vorstiz nieder. Der Vorstand wurde neu gewählt: 1. Vorsitzende Frau Ernst Schmidt, 2. Vorsitzende Frau Walter v. Schemm, Schriftführerin Frau W. Hellmund, stellv. Schriftführerin Fürsorgegeschwester Elisabeth, 1. Kassiererin Frau Sch. Crummenerl, 2. Kassiererin Frau Wilh. Stratmann.

pn. Hagen. Hagens zweiter Bürgermeister wieder im Amt. Mit Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten hat der beurlaubte Bürgermeister Dr. Weiser (SPD) seinen Dienst wieder aufgenommen und seine eigene Dezerenate wieder übernommen. Die Stellvertretung des beurlaubten Oberbürgermeisters behält nach wie vor Stadtrat Dr. Dönnelweg.

pn. Hagen. Der Tod auf der Straßbahn. Der stellvertr. Berufsschuldirektor Vollmann fuhr gestern abend mit der Straßbahn. Während der Fahrt erlitt er einen Schlaganfall und wurde sofort dem Allgemeinen Krankenhaus überführt, wo nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Der so früh aus dem Leben geschiedene war ein ausgezeichnete Pädagoge und weit über Hagens Grenzen bekannt. Er stand im Alter von 62 Jahren.

Hubbelrath. Kind vom umfallenden Automaten getötet. Am Sonntagnachmittag ereignete sich in dem von Düsseldorfern viel besuchten Ausstellungslokal Knittkühle ein bedauerlicher Unfall. Das Kind eines Düsseldorfer Malers machte sich an einem neu aufgestellten Automaten zu schaffen, der anscheinend nicht genügend festgesetzt war. Plötzlich fiel der Automat um und auf das Kind. Es wurde schwer verletzt in das katholische Krankenhaus nach Ratingen geschafft. Kurz nach der Einlieferung ist das Kind an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

pn. Schwelm. Eine grundsätzliche Frage im Flaschenmilchhandel. Wegen Verstoßes gegen die §§ 9 und 12 des Reichsmilchgesetzes wurde der Landwirt Heinrich A. durch einen Strafbefehl in Höhe von 25 RM in Strafe genommen. Er hat ohne die Konzession für den Flaschenmilchhandel Vollmilch, die er von seinen eigenen Kühen gewann, in Flaschen abgefüllt und in den Handel gebracht. A. legte gegen den Strafbefehl Einspruch ein und beantragte richterliche Entscheidung. Er führte aus, daß er Selbstproduzent sei und von seinen 10 Kühen täglich ungefähr 75 l Milch gewinne, die er sofort von der Melkmachine in Flaschen fülle, diese mit einem Pappverschluß versehen und so an seine feste Kundschaft liefere. Aus sanitären Gründen benutze er also die Flasche als Gefäß. Durch ein Rundschreiben habe er seine Kunden darauf aufmerksam gemacht und auch klar gelegt, daß es sich um Vollmilch, nicht um Markenmilch oder trinkfertige Milch handle. Er habe auch viele Arbeiter und Angestellte als Kunden, die ihre Milch zum Frühstück bekommen und garnicht in der Lage sind, die Milch in einem anderen Gefäß, als die Flasche zu empfangen. Das Amtsgericht in Schwelm als erste Instanz kam auf Grund dieser Sachlage, die nicht widerlegt werden konnte, zu einem Freispruch. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein, so daß sich gestern die Hagener Strafkammer 2 mit dem Fall beschäftigte. Der Angeklagte gab dieselbe Darstellung, wie in erster Instanz. Der als Sachverständige hinzugezogene Leiter des städt. Untersuchungsamtes, Dr. Jüngermann, erklärte, daß nach seiner Auffassung der Angeklagte gegen das Milchgesetz verstoßen habe. § 12 des Reichsmilchgesetzes schreibe ausdrücklich vor, daß Milch, die verpackt wird, in Flaschen abgefüllt und in den Verkehr gebracht wird, trinkfertig sein muß. Der Konsument soll wissen, daß in Flaschen gefüllte Milch abgeköcht und trinkfertig ist. Gerade ungeköchte Milch sei ein gefährlicher Nährboden für Bazillen und der Kunde soll wissen, daß er bei Flaschenmilch die Gewähr hat, daß die Milch abgeköcht ist und er sie so genießen kann. Der Angeklagte habe seine gesamte Milch in Flaschen abgefüllt, trotzdem es sich um Rohmilch handle, der Außenstehende also getäuscht werden kann. Das eben wolle das Reichsmilchgesetz verhüten. Es handele sich hier um eine grundsätzliche Frage, die alle Milchhändler sehr interessiere. Weite Kreise der Händler stützen sich auf eine Entscheidung des Kammergerichts, worin gesagt wurde, daß im Handel gebrachte Vollmilch in Flaschen abgefüllt, nicht strafbar sei. Hier habe es sich aber um einen Sonderfall gehandelt, da der Händler nur bei wenigen Kunden, die bei Lieferung der Milch nicht anwesend waren, die Milch in Flaschen geliefert habe, hier also die Flasche als Gefäß benutzt habe. Der vorliegende Fall sei aber bedeutend weitgehend. Der Vertreter der Anklage schloß sich den Ausführungen des Gutachters an und beantragte Bestrafung. Das Berufsgericht dagegen sah keine Verletzung des Reichsmilchgesetzes in dem Vorgehen des Angeklagten und verwurft die Berufung auf Kosten der Staatskasse, so daß es bei dem Freispruch verblieb. Im vorliegenden Falle handele es sich bei der Belieferung um einen festumrissenen Kundenkreis. Durch Rundschreiben seien die einzelnen Kunden auf die Beschaffenheit der Milch aufmerksam gemacht worden, so daß jeder unterrichtet war, um was für eine Milch es sich handle.

Verhaftet.

Der Hauptschriftleiter der „Münchener Illustrierten Presse“. Wie der „Völkische Beobachter“ mitteilt, ist am Dienstagmorgen unter dem Verdacht bolschewistischer Untertriebe der Hauptschriftleiter der „Münchener Illustrierten Presse“, Vorand, verhaftet worden. Der Verhaftete besitze nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Wie das Blatt weiter meldet, ist der Direktor Falsenberg des Münchener Schauspielhauses unter dem Verdacht bolschewistischer Verbindungen zu sein, in Haft genommen. Seine Mitdirektoren Geller und Fischer seien nach Karlsbad und Prag entflohen.

Ein Turm von 200 Meter Höhe.

Die „Sensation“ der Pariser Ausstellung von 1937.
Der Pariser „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem Ingenieur, der sich mit dem Bauplan eines Hochturmes befaßt, der 700 Meter erreichen, den Eiffelturm also um 400 Meter schlagen soll. Dieser Plan sei für die Pariser Ausstellung des Jahres 1937 vorgesehen. Der Turm müßte auf einem Berge, vielleicht auf dem Mont Valerien, errichtet werden. Die Kosten würden 40—50 Millionen Franc betragen. Der Turm würde in 500 Meter Höhe eine Plattform aufweisen, die für Autos und Lastautos zugänglich wäre. Eine zweite Plattform in Höhe von 600 Meter wäre zugänglich mit besonderen Fortbewegungsmitteln, die auf der ersten Plattform gemietet werden könnten.

Starker Erdstoß auf griechischen Inseln.

Auf den griechischen Inseln Mytilini (Lesbos) und Limnos im Ägäischen Meer wurde ein starker Erdstoß verspürt. Einzelheiten fehlen noch. Beide Inseln liegen etwa 130 Kilometer auseinander.

Panik im Kino.

31 Personen getötet, 70 verletzt.

Durch Kurzschluß ereignete sich in einem Kino in Aquacathan in Mexiko ein Unglück, das 31 Todesopfer und 70 Verletzte forderte. Während der Vorstellung geriet eine hochgespannte Leitung mit dem Metallgitter des Balkons in Verbindung, wodurch Kurzschluß entstand. 20 Zuschauer wurden vom Strom getötet. Es entstand eine Panik. Alles drängte zu den Ausgangstüren. Frauen und Kinder wurden niedergedrückt, und als nachher die Ruhe wiederhergestellt worden war, mußte man feststellen, daß allein elf Personen während der Panik ums Leben gekommen waren. Der Besitzer des Kinos wurde verhaftet.

Gemeindewahl.

Die am 12. d. Mts. stattgefundene Wahl zur Gemeindevertretung hat folgende gültigen Stimmzahlen ergeben:

Wahlvorschlag Nr. 1a: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung)
Liste Kemper 1205

Wahlvorschlag Nr. 1b: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)
Liste Bremicker 401

„ „ 2: Sozialdemokratische Partei Deutschlands 604

„ „ 3: Kommunistische Partei Deutschlands 87

„ „ 17: Bürgerliche Vereinigung Liste Heukelbach 387

„ „ 18: Liste Junke 139

„ „ 19: Liste Grüber 99

Bei Verteilung der Stimmzahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl entfallen bei der Gemeindewahl

7 Sitze auf Vorschlag 1a
2 „ „ 1b
4 „ „ 2
2 „ „ 17

Es sind hiernach gewählt:

1. Karl Kemper, Landwirt, Wilbringhausen.
2. Fritz Kuhbier, Malermeister, Kierspe.
3. Wilhelm Turk, Landwirt, Quabecke.
4. Walter Winter, Kaufmann, Kierspe.
5. Karl Lausberg, Landwirt, Berken.
6. Fritz Wülfrath, Malermeister, Kierspe-Bhf.

7. Willi Dunkel, Arbeiter, Dienerthaus.
8. Ernst Bremicker, Fabrikant, Kierspe-Bhf.
9. Hugo Schnippering, Werkmeister, Kierspe-Bhf.

10. Ernst Dunkel, Schmied, Kierspe-Bhf.
11. Otto Ruhe, Fabr.-Arb., Kierspe-Bhf.
12. Max Becker, Schlosser, Bollwerk.
13. Otto Martinelli, Fabr.-Arb., Kierspe.
14. Robert Heukelbach, Kaufmann, Kierspe-Bhf.

15. Heinrich Schumacher, Landwirt, Bornberg

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann binnen 2 Wochen bei dem Unterzeichneten Einspruch erhoben werden.

Kierspe, den 13. März 1933.

Der Gemeindevorsteher.

Selbstmordversuch der Filmschauspielerin Truus van Alken.

Die Filmschauspielerin Truus van Alken hat sich nachts in ihrer Berliner Wohnung mit Veronal vergiftet. Der herbeigerufene Arzt pumpte der Besinnungslosen den Magen aus. Truus van Alken hat die Besinnung noch nicht wieder erlangt. Man hofft jedoch, daß sie wieder völlig gesund wird. Der Beweggrund des Selbstmordversuches ist unbekannt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 14. März.

Zwei Todesopfer einer Eifersuchtstragödie.

Raugard. In den Morgenstunden wurde die in Begleitung des Oberleiters Vieber auf dem Heimweg befindliche 22-jährige Stenotypistin Frieda Dinow von ihrem Verlobten Hannemann gesteckt. Hannemann gab aus einer Pistole drei Schüsse auf Vieber ab, der jedoch nur am Ohr getroffen wurde. Dann tötete Hannemann durch zwei Schüsse seine Braut. Der Täter floh und wurde später in einem Raugarde Hotel erschossen aufgefunden. Als Grund zur Tat wird Eifersucht angenommen.

Ein taubstummes Mädchen vom Raue überfahren.

Hamburg. Bei Elmshorn ereignete sich ein tragischer Unglücksfall. Ein sechsähriges taubstummes Mädchen, das auf den Eisenbahngleisen spielte und das Herannahen des Raues nicht sah, da es mit dem Rücken zur Lokomotive stand, wurde erfasst und auf der Stelle getötet.

Ullstein-Redakteur verhaftet.

Berlin. Aus Gründen der Sicherheit des Staates wurde der bei der Vossischen Zeitung tätige Redakteur Dr. Karl Wilsch, der der Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft angehört, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Schutzhaft genommen.

Mord und Selbstmord.

Hamburg. In einem Hotel der inneren Stadt verübte ein Chemann Selbstmord, nachdem er seine Frau durch Schläge auf den Kopf getötet hatte.

Verlängertes Verbot der SPD.-Presse auch in Oldenburg.
Oldenburg. Das oldenburgische Staatsministerium hat die gesamte sozialdemokratische Presse um weitere 14 Tage verboten.

Der republikanische Richterbund aufgelöst.

Der republikanische Richterbund hat seine Auflösung beschlossen und durchgeführt.

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

30. Ziehungstag 14. März 1933

In der heutigen Schlussziehung wurden Gewinne über 400 Mark

2 Gewinne zu 3000 M. und 2 Prämien zu 500000 M. auf Nr. 275882

Serner Hosen:

10 Gewinne zu 3000 M. 4760 69111 213181 318368 389696

14 Gewinne zu 2000 M. 8987 78392 180835 188161 293265 317934 386944

40 Gewinne zu 1000 M. 20970 31889 111693 129855 134680 149747 179138 210495 233110 259013 263795 279343 294840 295037 310696 318169 335373 339991 341825 366753

68 Gewinne zu 500 M. 12786 21232 34176 64257 75800 80361 83478 104843 131687 137309 148524 157777 192975 207191 209150 251392 267705 272717 274019 277512 278491 278835 285246 293768 296782 300738 300798 309057 322749 337621 354387 357578 384705 395254

Schlussprämien.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei Prämien zu je 3000 RM gefallen, und zwar je eine auf die Lose gleicher Nummer in den Abteilungen I und II:

4701 14121 15744 32496 34956 45483 48556 53282 58518 60806 71304 72312 79634 95704 102779 113272 161679 165399 177654 185773 187012 193633 209730 216890 231355 232385 234496 253427 255066 263208 264158 270962 283944 289054 289414 292478 309222 310381 318705 323815 324347 331428 349194 351921 352611 381912 385789 389182 390671 392034

Die Ziehung der 1. Klasse 41. Preussisch-Süddeutschen (267. Preussischen) Staats-Lotterie findet am 21. und 22. April 1933 statt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Amtswahl.

Die am 12. ds. Mts. stattgefundene Wahl zur Amtsvertretung hat folgende gültigen Stimmzahlen ergeben:

Wahlvorschlag Nr. 1: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung)
1667 Stimmen

„ „ 2: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
660 Stimmen

„ „ 3: Kommunistische Partei Deutschlands
107 Stimmen

„ „ 17: Liste Gogarten
373 Stimmen

„ „ 18: Liste Blume
121 Stimmen

„ „ 19: Liste Heukelbach
402 Stimmen

Bei der Verteilung der Stimmzahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl entfallen bei der Amtswahl:

4 Sitze auf Wahlvorschlag 1
1 Sitz auf Wahlvorschlag 2

Es sind hiernach gewählt:

1. Karl Kemper, Landwirt, Wilbringhausen.
2. Ewald Plate, Ingenieur, Kierspe.
3. Ernst Bremicker, Fabrikant, Kierspe-Bhf.
4. Albert Vielhauer, Anstreichermeister, Kierspe.
5. Wilhelm Winter, Tiefbauarbeiter, Kierspe-Bhf.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann binnen 2 Wochen bei dem Unterzeichneten Einspruch erhoben werden.

Kierspe, den 13. März 1933.

Der Bürgermeister.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen, besonders Herrn Pfarrer Stommel für seine trostreichen Worte unsern

innigsten Dank.

Gust. Himmen
und Kinder.

Aktiva.

	RM.	Passiva	RM.
Kasse	8196.21	Spareinlagen	3802249.61
Bank-Guthaben	475887.33	Scheckeinlagen	426526.49
Kontokorrent-Vorschüsse	729934.29	Aufwertungskonto	449023.43
Hypotheken	2658091.30	Anleihen und Lombard-Kredite	201500.-
Darlehen	326707.80	Refinanz	4977.08
Wechsel	118175.32	Reservefonds	211178.49
Wertpapiere	722651.55	Kurs-Reserven	84046.74
Aufwertungskonto	86983.65	Delcredere für Aufwertung	54420.94
Immobilien, Mobilien und Maschinen	62758.-	Sonstige Passiven	6269.48
Restzinsen	62282.31	Reingewinn	4051.41
Sonstige Aktiven	1904.50	Bürgschaften	9278.59
Bürgschaften	14390.- RM.		
Wechselverbindlichkeiten	66814.71 RM.		
	5253522.26		5253522.26

Halber, den 14. Februar 1933.

Der Vorstand der Amtsparkasse Halber,
Watermann, Bürgermeister, Vorsitzender.

Per 1. August eine

3 Zimmer-Wohnung

in Halber gesucht.

Angebote um E 300 an d. Gehalt d. Allg. Anz. erb

Möbelkäufer!

Dring. Verpflichtung. zwing. mich noch j. alt. Fabrikpreis ohne den neuen Preisausschlag prachtl. schwer.

Eigen - Schlafzimmer

dir. a. Lager a. Pri-

vate j. Preise von

RM. 275.-

kompl. abzugeben.

Küche nat.-las.

mit all. Neuerungen

RM. 175.-

Kurzgeschl. Kassakäufer

voll. sich meld. u. A 196

an die Gesch. des Allg.

Anzeigers Halber.

Händler verboten.

Einladung

an alle Haushaltungen in Halber zu zwei großen, praktischen

Koch-, Brat- u. Backvorführungen

am Mittwoch, dem 15. März, nachmittags 4 Uhr und

abends 8 Uhr im großen Saale des Hotel „Zur Fuhr“

Vorgeführt wird der modernste Küchenherd „Immerbrand“ der ohne Holz, Kohle, Strom, Gas, Benzin usw. sondern mit dem billigsten und ergiebigsten Brennstoff geheizt wird, Tag und Nacht in Brand bleibt und stets heißes Wasser liefert.

Kochen ohne Wasser.

Braten ohne Fett.

Einleichen ohne Apparat.

Die hergestellten Speisen werden als Kostproben gratis verteilt. Nicht nur für die Hausfrauen, sondern auch für die Chemiker sind diese Vorführungen interessant und lehrreich.

Eintritt frei.

Eintritt frei

Wußten Sie das?

Mohrrüben kann man roh in Scheiben schneiden und in Fett braten wie Kartoffeln. Man würt zum Schluß mit etwas gehackter Petersilie. Gemüsezubereitung solcher Art — darunter viele neue Rezepte — bringt der neue Beyer-Band

Täglich Gemüse das ganze Jahr hindurch (Band 267, Preis 90 Pfg.)

Auch die erfahrene Hausfrau wird an der guten Zusammenstellung und der Vielseitigkeit des Heftes Freude und Nutzen haben.

Beyer — der Verlag für die Frau
Leipzig C 1, Weststraße 72, Postscheckkonto 52279

FORSTPFLANZEN

Fichten.

4 jähr. verschult 20—45 cm 1000 Stck. RM. 6.—
4 „ „ 15—40 cm 1000 Stck. RM. 5.—
4 „ „ 12—30 cm 1000 Stck. RM. 3.50
2 „ Sämlinge 7—20 cm 1000 Stck. RM. 1.20

Rotbuchen.

3 jähr. verschult 50—80 cm 1000 Stck. RM. 25.—
3 „ „ 30—50 cm 1000 Stck. RM. 15.—
Alle anderen Pflanzenarten auf Anfrage.

Ernst Kück jr., Forstbaumschulen,
Schmidhausen b. Halber. Tel. Nr. 150 Amt Halber.

Sämtliche

Schul-

artikel

für Volks- u. Rektorat

schulen

Buchhandlung

Wilh. Bell jr. Halber

Verbilligung der Stellen-Anzeigen

im bekannten Familienblatt

Daheim

Stellen-Angebote 'est nur 80 Pfg. für die Druckzeile (27 Zeilen)
Stellen-Gesuche jetzt nur 60 Pfg.

Die Anzeigen-Annahme für den

Personal-Anzeiger des Daheim

befindet sich in unserer Geschäfts-

stelle

Allgemeiner Anzeiger, Halber.

Gesellschaft Erholung

Halber.

Jahres-Haupt-

Berammlung

am Sonntag, den 26. März 1933, 20^{1/2} Uhr.

Tagesordnung:
Jahres-u. Kassenbericht
Vorstands-wahl.
Ballotage.
Verschiedenes.

Der Vorstand.

Mädchen

in allen Hausarbeiten
erfahren sucht Stel-

lung sofort od. später.
Landwirtschaft nicht
ausgeschlossen.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Allg.
Anzeigers Halber.

Artlicher Preisbericht der Kölner

Produktenbörse.

Köln, 14. März.

Es bedeutet Kg.-Moggen, S.-Butter, W.-Winter

S.-Sommer.

Weizen rhein 20.55 Weizenfl. 8.00—9.50

74 Kg. 23.50—25.00 Roggenfl. 8.00—8.50

Weizen anst. 23.50—25.00 Bietreiber 11.50—12.00

Moggen rhein 70—71 Kg. 16.70 Weizen 3-Prz. 11.25—11.50

Moggen nordd. 18.75—18.90 Erdnussöl. 10.75—11.00

Moggen ausl. 18.75—18.90 54. 11.75—12.00

Safer tiefer 4.00—14.50 54. 11.75—12.00

Safer nordd. 15.25—15.75 16. Proz. 10.00—10.50

Safer ausl. 15.25—15.75 16. Proz. 8.75

R.-Gerste ausl. 17.50 Palmfett. 10.25—10.50

3.-Gerste inl. 18.00—18.75 16. Proz. 7.75

Wais großer 20.50 16. Proz. 9.00—9.50

Wais kleiner 20.50 16. Proz. 6.75—8.00

Weizenmehl inl. 28.00—28.50 16. Proz. 5.20—5.60

Rhein Weizen 28.00—28.50 16. Proz. 5.20—5.60

bäckermehl m. 28.00—28.50 16. Proz. 5.20—5.60

Auslandmehl 28.00—28.50 16. Proz. 5.20—5.60

70 Proz. m. 23.00—23.50 16. Proz. 5.20—5.60

70 Proz. m. ausl. 24.00—24.75 16. Proz. 5.20—5.60

70 Proz. m. inl. 24.00—24.75 16. Proz. 5.20—5.60

70 Proz. m. ausl. 24.00—24.75 16. Proz. 5.20—5.60